

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschussdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

69. Sitzung

am Donnerstag, dem 28. Juni 2007, 10:00 Uhr,
im Konferenzsaal des Landtages (Zimmer 142)

Anwesende Abgeordnete

Günter Neugebauer (SPD)	Vorsitzender
Hans-Jörn Arp (CDU)	
Johannes Callsen (CDU)	in Vertretung von Peter Sönnichsen
Tobias Koch (CDU)	
Jens-Christian Magnussen (CDU)	
Frank Sauter (CDU)	
Birgit Herdejürgen (SPD)	
Anna Schlosser-Keichel (SPD)	
Olaf Schulze (SPD)	in Vertretung von Holger Astrup
Wolfgang Kubicki (FDP)	
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	

Weitere Abgeordnete

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Vergabe Bahnnetz Ost	4
Umdrucke 16/2125 und 16/2157	
2. Einwilligung des Finanzausschusses gemäß § 19 Abs. 21 Haushaltsstrukturgesetz zur Einrichtung eines gesonderten Titels in Kapitel 0607 zur Übertragung der ÖPNV-Mittel (Bus) auf die Kreise und kreisfreien Städte	6
Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr Umdruck 16/2120	
3. Haushaltsvollzug 2007, Einzelplan 13; hier: Zustimmung gemäß § 37 Abs. 3 LHO	7
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 16/2088	
4. Veräußerung der Waldfläche Höbek, Kreis Rendsburg-Eckernförde	8
Vorlage des Finanzministeriums Umdruck 16/2145	
5. Information/Kenntnisnahme	9
6. Verschiedenes	10

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Vergabe Bahnnetz Ost

Umdrucke 16/2125 und 16/2157

Hinsichtlich des Aktenvorlagebegehrens (Umdrucke 16/2122 und 16/2143) verständigen sich Finanzausschuss und Wirtschaftsministerium, dass das Wirtschaftsministerium dem Finanzausschuss Kopien der angeforderten Akten zeitnah vorlegt.

Abg. Heinold fragt den Wirtschaftsminister, wann für die Landesregierung erkennbar gewesen sei, dass die zwingenden Vorgaben des Verkehrsvertrages beim Angebot der Veolia nicht eingehalten worden seien, und warum das Ministerium dies dem Finanzausschuss nicht mitgeteilt habe.

M Austermann äußert, nachdem man die beiden Hauptangebote für völlig inakzeptabel gehalten habe, habe man in mehreren Runden über mehrere Nebenangebote verhandelt. Über eines der Nebenangebote der beiden Bieter sei jeweils entschieden worden und der Preis habe den Ausschlag für das Nebenangebot des einen Bieters gegeben. Im Laufe des Verfahrens vor der Vergabekammer sei die Frage gestellt worden, ob es möglicherweise Gründe gebe, die zum Ausschluss eines Angebotes führen könnten. Die Ausschlussgründe seien geprüft worden, nachdem er den Finanzausschuss mit Umdruck 16/1887 unterrichtet habe, und vom Anwaltsbüro juristisch, fachlich und sachlich spezifiziert der Vergabekammer vorgetragen worden. Zum Zeitpunkt der Unterrichtung des Finanzausschusses sei er davon ausgegangen, dass die Angebote der Veolia die zwingenden Vorgaben des Verkehrsvertrages einhielten.

Abg. Harms möchte wissen, ob es rechtlich möglich sei, einem Bieter die Zulässigkeit seines Angebots nachträglich abzusprechen. - M Austermann bejaht diese Frage. Die Vergabekammer habe darauf aufmerksam gemacht, dass etwas nachzutragen sei.

Auf eine Frage von Abg. Herdejürgen bestätigt auch Herr Wewers, Geschäftsführer der LVS, dass man erst zu einem späteren Zeitpunkt zu der Erkenntnis gelangt sei, dass das optimierte Angebot der Veolia nicht annahmefähig sei.

Abg. Heinold kritisiert, dass der Wirtschaftsminister den Finanz- und Wirtschaftsausschuss in der gemeinsamen Sitzung am 31. Mai nicht darüber informiert habe, dass seine Anwälte bereits am 15. Mai festgestellt hätten, dass das Angebot der Veolia zeitnah hätte ausgeschlossen werden müssen.

M Austermann erwidert, die spezifizierte Begründung der Ausschlussgründe sei erst am 4. Juni 2007 erfolgt.

Auf eine Frage von Abg. Harms ergänzt RL Himstedt, zu dem im Anschluss an die mündliche Verhandlung der Vergabekammer, die nicht im Detail protokolliert worden sei, formulierten Fragenkatalog habe das Ministerium gegenüber der Vergabekammer am 4. Juni 2007 Stellung genommen.

Der Minister bestätigt, dass auch diese Stellungnahme Bestandteil der vorzulegenden Akten sein werde. Er betont noch einmal, dass es keinen Grund gebe, irgendetwas zu verheimlichen.

Abg. Kubicki appelliert, sich angesichts des laufenden Verfahrens mit öffentlichen Äußerungen zurückzuhalten, und bittet darum, die Befragung zu beenden.

Abg. Heinold fragt, wie es angehen könne, dass das Angebot von Veolia, die doch hinsichtlich der Qualitätskriterien vor der DB AG gelegen habe, ausgeschlossen werden solle.

M Austermann weist noch einmal auf die im Schreiben vom 4. Juni spezifizierten Ausschlussgründe hin. Nur bei einem von vier Kriterien habe Veolia vorn gelegen; entscheidend sei das Kriterium des Ausgleichsbetrages.

Auf die Frage von Abg. Heinold, ob der Rechenfehler der DB AG nachvollziehbar und für Fachleute erkennbar gewesen sei, antwortet Herr Wewers, bei Vorlage des Nebenangebots 3 b sei der Rechenfehler nicht erkennbar gewesen; als er geltend gemacht worden sei, sei er nachvollziehbar gewesen.

Auf eine abschließende Frage von Abg. Heinold zum Diskriminierungsverbot entgegnet M Austermann, man gehe davon aus, dass durch das Vorgehen der LVS niemand diskriminiert worden sei.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Einwilligung des Finanzausschusses gemäß § 19 Abs. 21 Haushaltsstrukturgesetz zur Einrichtung eines gesonderten Titels in Kapitel 0607 zur Übertragung der ÖPNV-Mittel (Bus) auf die Kreise und kreisfreien Städte

Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
Umdruck 16/2120

P Dr. Altmann erwartet unter Hinweis auf den Bemerkungsbeitrag zur Verwendung der Regionalisierungsmittel, dass auch künftig Landesmittel in angemessenem Umfang für den Ausbildungsverkehr zur Verfügung gestellt würden und keine Vollfinanzierung der Ausgleichsleistungen für den Ausbildungsverkehr aus Regionalisierungsmitteln erfolge.

Einstimmig willigt der Finanzausschuss in die erbetenen Änderungen in Einzelplan 06, Umdruck 16/2120, hin.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Haushaltsvollzug 2007, Einzelplan 13;
hier: Zustimmung gemäß § 37 Abs. 3 LHO**

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 16/2088

Abg. Heinold kritisiert, dass durch die Bereitstellung zusätzlicher Küstenschutzmittel in Höhe von 14 Millionen € für Sylt und die Ausnahme des Einzelplans 13 von der globalen Minderausgabe die Verschuldung des Landes um 8 Millionen € steige.

St Dr. Wulff wiederholt seine Zusage, den Finanzausschuss im Juli 2007 über die Auflösung der globalen Minderausgaben insgesamt zu unterrichten.

Einstimmig erteilt der Finanzausschuss die erbetene Zustimmung zur beantragten Bereitstellung außerplanmäßiger Mittel in Kapitel 1315, Umdruck 16/2088. In Titelgruppe 70 - Sonderprogramm Sylt - wird folgender Haushaltsvermerk ausgebracht: „Ausgaben dürfen bis zu 1.085.300 €, darüber hinaus bis zur Höhe der zugesagten Einnahmen bei Titel 271 02 sowie der für diesen Zweck bei 1320-346 01 MG 03 aufkommenden Einnahmen geleistet werden. Deckungsfähig innerhalb der Titelgruppe.“ Der Finanzausschuss erwartet die Auflösung der globalen Minderausgaben und bis Ende November 2007 eine Vorlage zur Gegenfinanzierung im Haushaltsjahr 2008.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Veräußerung der Waldfläche Höbek, Kreis Rendsburg-Eckernförde

Vorlage des Finanzministeriums
Umdruck 16/2145

Auf Fragen des Vorsitzenden und der Abg. Heinold erwidert Herr Boucsein, es gebe keine über das Waldgesetz hinausgehenden Auflagen zur zukünftigen Bewirtschaftung der Waldfläche, die noch auf absehbare Zeit einen Zuschussbedarf erfordere, der sich zurzeit auf 113 € pro Hektar und Jahr belaufe.

RL Steffen teilt mit, die im Wirtschaftsplan Sondervermögen Landeswald für das Haushaltsjahr 2007 ausgewiesenen 800.000 € habe man durch Verkäufe und Käufe erreicht.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmt der Finanzausschuss der Veräußerung der Waldfläche Höbek, Umdruck 16/2145, zu.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

Umdruck 16/2117 - Personaleinsparungen aufgrund des zentralen IT-Managements

Umdruck 16/2118 - Grundstücksangelegenheit

Umdruck 16/2119 - Deutsche Akademie der Technikwissenschaften

Der Ausschuss nimmt die vorstehenden Vorlagen zur Kenntnis.

Finanzausschuss, Landesrechnungshof und Finanzministerium halten das Ergebnis der **Personaleinsparungen aufgrund des zentralen IT-Managements** (Umdruck 16/2117) übereinstimmend für unbefriedigend und erwartet, dass die Einführung des IT-Managements tatsächlich zu erkennbaren Personaleinsparungen und Kostenvorteilen führt. Der Finanzausschuss erwarten von der Landesregierung bis Ende Oktober die Vorlage eines neuen Berichts unter Einbeziehung der Kennzahlen und der Prüfung, gegebenenfalls die Personalbudgets der Ministerien pauschal zu kürzen.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Der Finanzausschuss bestätigt den Terminplan für die Beratung der diesjährigen Bemerkungen des Landesrechnungshofs in der **Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“**, Umdruck 16/2132, zu der die Arbeitsgruppe die Anwesenheit der jeweiligen Hausspitze erwartet.
- b) Der Finanzausschuss bittet das Wirtschaftsministerium unter Hinweis auf seinen in der letzten Sitzung gefassten Beschluss zum **Science-Center**, ihm die Antragsunterlagen der Stadt Kiel zur Verfügung zu stellen.
- c) St Dr. Wulff kündigt die Novellierung des GMSH- und LVSH-Gesetzes an, mit dem die Gremien verschlankt und die Berichtspflichten reduziert werden sollten. In diesem Zusammenhang regt er an, dass sich der neue kaufmännische Geschäftsführer der **GMSH**, Herr Harms, dem Finanzausschuss in einer der nächsten Sitzungen vorstellt.
- d) Der Finanzausschuss kommt überein, die Sitzung am 4. Oktober 2007 bereits um 9 Uhr zu beginnen und sich von 11 bis 13 Uhr auf der Grundlage einer Präsentation durch das Finanzministerium und der Positionsbestimmung des Landesrechnungshofs mit dem Thema **Reform des staatlichen Haushalts und Rechnungswesens** zu befassen (Umdruck 16/1576).

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 11:40 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer